

Autor	Beitrag
-------	---------

Autor	Beitrag
Anna 30.11.2010 12:55	Hallo, auf der Internetseite des Bundestages wurde ganz aktuelle eine Petition zum Thema Glücksspielsucht veröffentlicht. Text der Petition Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Bevölkerung künftig effektiver vor den wachsenden Gefahren des Glücksspiels in Gaststätten und Spielhallen zu beschützen. Die dort aufgestellten Geräte sollten entschärft werden, indem die Spieldauer der Geräte erheblich verlängert wird (derzeit 5 Sek.), die Gewinn- und Verlustmöglichkeiten deutlich reduziert werden und das Umwandeln von Geld in Punkte (und umgekehrt) verboten wird. Kommunen sollten künftig die Ansiedlung von Spielhallen ablehnen können. Begründung Die Glücksspielsucht hat sich in den letzten Jahren ausgebreitet. Als besonders gefährlich gelten nach einhelliger Meinung aller Experten die Geldspielautomaten in Gaststätten und Spielhallen, die der Gewerbeordnung unterliegen und in der Spielverordnung geregelt sind. Ca. 70% der Klienten, die aufgrund einer Glücksspielsucht eine Selbsthilfegruppe, eine Beratungsstelle oder eine Fachklinik aufsuchen, sind abhängig von diesen Geräten. Im Vergleich zu den anderen Suchtformen ist die Glücksspielsucht eine besonders teure Sucht. So sind Glücksspielsüchtige beispielsweise höher verschuldet als Drogenabhängige. Auch die Schwere der Störung ist Besorgnis erregend. So findet sich hier -wieder im Vergleich zu anderen Suchterkrankungen- die höchste Suizidrate. Staatliche Glücksspielangebote (Lotto, Sportwetten, Spielbanken etc.) werden seit Inkrafttreten des von den Bundesländern beschlossenen Glücksspielstaatsvertrages (GlüStV) streng reglementiert. Die Anbieter haben diverse Auflagen zu erfüllen (Begrenzung des Angebotes, Werbeverbot, Einrichtung eines Sperrsystems, Verbot von Internetglücksspielen, Entwicklung von Sozialkonzepten etc.) und müssen ihr Angebot an der Prävention der Glücksspielsucht ausrichten. All dies gilt nicht für das bekanntermaßen gefährliche Automatenspiel. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat erst im September die Kohärenz des deutschen Glücksspielrechtes in Frage gestellt, weil das bundesrechtlich organisierte Automatenglücksspiel in Spielhallen und Gaststätten -insbesondere im Hinblick auf seine unbestrittene Gefährlichkeit- vergleichsweise liberal reguliert ist. Der Bundesgesetzgeber sollte das Automatenspiel so regulieren, dass die Suchtgefahren deutlich sinken. Außerdem sollte den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, die Ansiedlung von Spielhallen aus Gründen des Schutzes der Allgemeinheit, abzulehnen. Es gibt inzwischen viele Kommunen, die eine enorm hohe "Versorgung" mit Geldspielautomaten aufweisen. Im nordrhein-westfälischen Ahaus teilen sich beispielsweise 149 Bürger ein Geldspielgerät, in Euskirchen sind es 191 Geräte und in Herford 251. Nur der Vollständigkeit halber sei erläutert, dass es sich hier um statistische Mittelwerte handelt. Unter den 149 Bürgern in Ahaus beispielsweise sind auch Kinder, Jugendliche und alte Menschen, die keine Spielhallen aufsuchen bzw. nicht an Spielgeräten in Gaststätten spielen. Es ist bekannt und hinreichend belegt, dass ein kleiner, gut regulierter Glücksspielmarkt die Bevölkerung am besten vor den Gefahren der Glücksspielsucht schützt. Das Allgemeinwohl und insbesondere die Vermeidung von Gesundheitsschädigungen sollten Leitlinie bei der Novellierung der Spielverordnung sein. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Sportwettenurteil (28. März 2006) die Vermeidung und die Abwehr von Suchtgefahren als ein überragend wichtiges Gemeinwohlziel bezeichnet. Dies sollte auch für den Bereich des gewerblichen Automatenspiels gelten. Wer das auch zeichnen möchte, kann das hier tun: https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition

Autor	Beitrag
	viele Grüße, Anna
Meike 02.12.2010 06:57	Hallo Anna, danke für die Info. Schon 118 Mitzeichner in der kurzen Zeit und eine sehr rege Diskussion. Weißt Du wieviele Mitzeichnen müssen? Gruß Meike
Anna 06.12.2010 17:03	Hier ein Link, der direkt zur Petition führt! Inzwischen haben 264 mitgezeichnet. http://bit.ly/hbtp8l viele Grüße, Anna
Rosewood 06.12.2010 20:00	Wird Zeit, dass wir ebenfalls eine Petition gegen die Spielbanken starten, denn diese sind, wie wir wissen, mit ihren relativ wenigen Automaten für fast 1/4 aller pathologischen Spieler verantwortlich. Hier müsste dringend etwas getan werden, damit die Spieler hier nicht mehr in kurzer Zeit "Haus und Hof" verspielen können. Denn das Instrument der Spielersperre ist in Zeiten des Internets wohl kaum mehr als ein "Feigenblatt" und hindert den kranken Spieler leider auch nicht am Spielen. Ebenso muss auf jeden Fall verhindert werden, dass wieder Lotto usw. per Internet möglich ist, denn auch gibt es keine wirkliche Kontrolle. Deutschland muss endlich spielfreie Zone werden, damit wir uns dann den anderen Laster der Menschen zuwenden können. Alkohol, Essen (vor allem ungesundes), Konsum und Internetsucht (sollte eigentlich aufgrund der Suchtgefahr verboten werden) stehen da bei mir ganz oben auf der Liste. Grüsse

Autor	Beitrag
Meike 07.12.2010 06:35	Hallo Anna, da hast Du wirklich eine tolle Petition gefunden. Gerade der Vorschlag, dass den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden soll, Anträge für Spielhallenkonzessionen abzulehnen, ist aus meiner Sicht heraus sehr wichtig. Alles andere was man in diesem Bereich z.Zt. aus verschiedenen Bundesländern heraus liest, d.h. mit Begrenzung der Anzahl von Bürger oder nach Fläche ist nicht praktikabel, birgt ein wahnsinniges Prozessrisiko und würde vermutlich zu einer Art Konzessionsmodell führen, welche Kommunen in Ausschreibungspflichten versetzen würde, d.h. je nach Größe der Stadt sogar zu Europaweiten Ausschreibungen. Was das kostet und welche Gefahren und Probleme dies mit sich bringt, ist den Praktikern bekannt. Gruß Meike
Walter B 07.12.2010 15:44	quote----- Original von Meike Hallo Anna, danke für die Info. Schon 118 Mitzeichner in der kurzen Zeit und eine sehr rege Diskussion. Weißt Du wieviele Mitzeichnen müssen? Gruß Meike ----- Liebe Meike, was hältst Du von 50.000 ? Und die "regen Mitzeichner" finden diese Petition ja wohl nicht so toll, oder? Die meisten Kommentare sind ja wohl gegen weitere Einschränkungen gegen das genehmigte gewerbliche Spielrecht! Gruß vom lieben Walter ;)

Autor	Beitrag
petergaukler 13.12.2010 23:24	quote----- Original von Anna Hallo, auf der Internetseite des Bundestages wurde ganz aktuelle eine Petition zum Thema Glücksspielsucht veröffentlicht. Text der Petition Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Bevölkerung künftig effektiver vor den wachsenden Gefahren des Glücksspiels in Gaststätten und Spielhallen zu beschützen. Die dort aufgestellten Geräte sollten entschärft werden, indem die Spieldauer der Geräte erheblich verlängert wird (derzeit 5 Sek.), die Gewinn- und Verlustmöglichkeiten deutlich reduziert werden und das Umwandeln von Geld in Punkte (und umgekehrt) verboten wird. Kommunen sollten künftig die Ansiedlung von Spielhallen ablehnen können. Begründung Die Glücksspielsucht hat sich in den letzten Jahren ausgebreitet. Als besonders gefährlich gelten nach einhelliger Meinung aller Experten die Geldspielautomaten in Gaststätten und Spielhallen, die der Gewerbeordnung unterliegen und in der Spielverordnung geregelt sind. Ca. 70% der Klienten, die aufgrund einer Glücksspielsucht eine Selbsthilfegruppe, eine Beratungsstelle oder eine Fachklinik aufsuchen, sind abhängig von diesen Geräten. Im Vergleich zu den anderen Suchtformen ist die Glücksspielsucht eine besonders teure Sucht. So sind Glücksspielsüchtige beispielsweise höher verschuldet als Drogenabhängige. Auch die Schwere der Störung ist Besorgnis erregend. So findet sich hier -wieder im Vergleich zu anderen Suchterkrankungen- die höchste Suizidrate. Staatliche Glücksspielangebote (Lotto, Sportwetten, Spielbanken etc.) werden seit Inkrafttreten des von den Bundesländern beschlossenen Glücksspielstaatsvertrages (GlüStV) streng reglementiert. Die Anbieter haben diverse Auflagen zu erfüllen (Begrenzung des Angebotes, Werbeverbot, Einrichtung eines Sperrsystems, Verbot von Internetglücksspielen, Entwicklung von Sozialkonzepten etc.) und müssen ihr Angebot an der Prävention der Glücksspielsucht ausrichten. All dies gilt nicht für das bekanntermaßen gefährliche Automatenspiel. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat erst im September die Kohärenz des deutschen Glücksspielrechtes in Frage gestellt, weil das bundesrechtlich organisierte Automatenglücksspiel in Spielhallen und Gaststätten -insbesondere im Hinblick auf seine unbestrittene Gefährlichkeit- vergleichsweise liberal reguliert ist. Der Bundesgesetzgeber sollte das Automatenspiel so regulieren, dass die Suchtgefahren deutlich sinken. Außerdem sollte den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, die Ansiedlung von Spielhallen aus Gründen des Schutzes der Allgemeinheit, abzulehnen. Es gibt inzwischen viele Kommunen, die eine enorm hohe "Versorgung" mit Geldspielautomaten aufweisen. Im nordrhein-westfälischen Ahaus teilen sich beispielsweise 149 Bürger ein Geldspielgerät, in Euskirchen sind es 191 Geräte und in Herford 251. Nur der Vollständigkeit halber sei erläutert, dass es sich hier um statistische Mittelwerte handelt. Unter den 149 Bürgern in Ahaus beispielsweise sind auch Kinder, Jugendliche und alte Menschen, die keine Spielhallen aufsuchen bzw. nicht an Spielgeräten in Gaststätten spielen. Es ist bekannt und hinreichend belegt, dass ein kleiner, gut regulierter Glücksspielmarkt die Bevölkerung am besten vor den Gefahren der Glücksspielsucht schützt. Das Allgemeinwohl und insbesondere die Vermeidung von Gesundheitsschädigungen sollten Leitlinie bei der Novellierung der Spielverordnung sein. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Sportwettenurteil (28. März 2006) die Vermeidung und die Abwehr von Suchtgefahren als ein überragend wichtiges Gemeinwohlziel bezeichnet. Dies sollte auch für den Bereich des gewerblichen Automatenspiels gelten.

Autor	Beitrag
	Wer das auch zeichnen möchte, kann das hier tun: https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition viele Grüße, Anna ----- TIP Berlin aktuell ! Berlin - die Stadt der Spielhallen Spielhallen wuchern in der Stadt, seit 2005 hat sich die Anzahl nahezu verdoppelt. Jugendliche verzocken oft Tausende von Euro. Menschen wie Mesut Lencper versuchen, ihnen aus der Spielsucht zu helfen Spielhallen Diese Geschichte scheut das Tageslicht. Drei Stufen muss man steigen, die Tür aufstoßen, die Luft anhalten, weil es hier gänzlich anders riecht als draußen auf der Straße. Putzmittel? Alter Teppich? Einsamkeit? Es riecht nach diesem Dreierlei, und oben an der Decke strahlen große Neonröhren. Die Sonne hat hier keinen Zutritt, so will es das Gesetz. Spielhallen müssen blickdicht abgeklebt sein, das Leben darin ist nicht synchron mit jenem vor der Tür. Doch immerhin, hinten auf dem Tisch steht Marmorkuchen. Und wenn man fragt, dann schenkt der Tresenmann mit der großen Brille einen Kaffee ein. Der geht aufs Haus, versteht sich. Reinickendorfer Straße. Auch im Wedding wird es Herbst. Regen. Gesenkte Köpfe. Im Spätkauf grüßt die Lachkatze mit ihrer goldenen Pfote. Sie wehrt das Unglück ab, Wohlstand winkt sie herbei – so sagen es die Asiaten. So glauben es auch die Jungs, die sich noch einen Kaffee holen in der Spielhalle, gleich gegenüber. Niemand frage in diesen Hallen nach dem Alter, sagt Murat. "An einen Automaten darf man eigentlich erst mit 18." Murat heißt nicht Murat, Namen interessieren nicht. Der junge Mann, 19 Jahre alt, erzählt vom Glauben ans Glück: "Bislang habe ich einige Tausend Euro in die Spielautomaten geworfen." Wie viel haben die wieder ausgespuckt, Murat? "Nicht mal ein Viertel von dem Geld." Warum spielst Du dann? "Es geht um Hoffnung, bis zu 5000 Euro kann man am Automaten holen." Wofür brauchst Du das Geld? "Zigaretten." Murat ist ein wacher Kerl, die Augen klar, die Haare kurz. Er weiß mit Nebensätzen zu hantieren. "Gejobbt" habe er, um die Tausende Euro zu verdienen, die er in die Maschinen warf. Murat erzählt erhobenen Hauptes, wenn er vom verspielten Geld berichtet. "Hier stehen in jedem Laden Automaten – Spätkauf, Wettbüro, Imbiss. Wenn ich auf den Döner warte, werfe ich manchmal Geld in die Maschine. Oft lassen sich die Angestellten mit dem Döner Zeit, dann verdienen sie mehr am Automaten. Es kommt vor, dass ich kein Geld mehr für den Döner habe, wenn er fertig ist. Alles verspielt." Murat sitzt im Kiezboom, einem Jugendtreff im Wedding, nahe dem Nauener Platz. Den Kiezboom gibt es seit 2006, im vergangenen Jahr hat er ein großes Sommerfest

Autor	Beitrag
	veranstaltet, um die Leute vor der Spielsucht zu warnen. Mesut Lencper, im Vorstand des Vereins, hat es mitorganisiert. Er steckt sich eine Zigarette an im Hinterzimmer, neben ihm sitzt Murat. "Alle drei Meter stehen in dieser Gegend Spielgeräte", sagt Lencper, ein muskulöser Mann mit sanfter Stimme. "Die Automaten zahlen nur einen kleinen Anteil der Einnahmen als Gewinne aus. Dieser Gewinn fußt auf dem Pech der anderen. Pech ist das Prinzip dieser Maschinen – es macht die Menschen vor dem Monitor zum Opfer. In der Regel verliert der Mensch, er fühlt sich als Versager, baut Aggressionen auf, geht vor die Tür der Spielhalle, manchmal reicht da ein Blick von einem fremden Menschen, schon droht die Schlägerei." Insgesamt waren Ende 2009 in Berlin 3560 Automaten in etwa 400 Spielhallen aufgestellt, die meisten im Bezirk Mitte (71), freilich liegt dort das Augenmerk auf dem Wedding. Es folgen Charlottenburg-Wilmersdorf (57) und Friedrichshain-Kreuzberg (55), dann Neukölln (49). Am wenigsten gibt es in Steglitz-Zehlendorf und Lichtenberg (je 9). Diese Zahlen steigen allenthalben. Allein in Mitte wuchs der Bestand der Hallen während des vergangenen Jahres von 39 auf 71. Bezirksbürgermeister begehren auf gegen die "Entwertung" ganzer Wohngebiete durch die "Daddel-Läden", rechtlich aber steht die Gewerbefreiheit dem Verbot häufig entgegen. Solange sich die Läden an Jugend- und Rauchschutz halten, können sie kaum verboten werden. SpielhallenKiezboom-Vorstand Mesut Lencper ist 32 Jahre alt, er hat bei BMW einst Fertigungsmechaniker gelernt, sich dann umschulen lassen zum Sozial- und Anti-Gewalt-Betreuer. Und er war Mitglied der "Flying Steps", einer Breakdance-Gruppe, die vier Weltmeistertitel holte. "Ich bin rumgekommen in der Welt, New York, Los Angeles, das alles, ohne Sohn eines Millionärs zu sein." Seine Mutter arbeitete 36 Jahre bei Siemens im Akkord. Morgens um vier fing sie an. "So wollte ich nicht leben", sagt Lencper. Mit "Disziplin" habe er sich ein anderes Leben aufgebaut. New York, Los Angeles. Seit 2004 engagiert er sich im Wedding: "Ich wollte in der unmittelbaren Nachbarschaft helfen, weil ich gemerkt habe, dass ich den Jugendlichen durch meine Erfolge ein Vorbild bin." Helfen muss Lencper vor allem bei der Spielsucht. "Gerade Jugendliche mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund bleiben oft unter sich und suchen falsche Vorbilder", sagt er, "etwa bei den Bandidos oder den Hells Angels". Geld zu haben gelte als "entscheidend" und "cool", und dieses schnelle Geld winke vermeintlich auch an den blinkenden Automaten. "Wenn Ali 200 oder 300 Euro gewinnt, ist er ein Held für seine Freunde."" Um das regelmäßige Spielen zu finanzieren, "schwappen die Jugendlichen in die Beschaffungskriminalität, manchmal werden auch Freunde bestohlen", erzählt Mesut Lencper. Nicht nur die Migranten säßen vor den Automaten, sagt Murat: "Auch Deutsche kommen. Generell vor allem junge Leute, manchmal auch Frauen, wenn die Spieler ihre Freundinnen mitbringen. Es wird gekifft und gekokst. Wer etwas gewinnt, kauft sich davon neue Drogen." ... quelle: [URL]http://www.tip-berlin.de
Meike 18.12.2010 06:44	Gruß an alle, ich finde es schon beachtlich, dass nun bereits mehr als 600 Bürger aus verschiedenen Bundesländern die Petition mitgezeichnet haben. Die Kommentare, wie von "Zockerfreund" waren allerdings teilweise so, dass der Moderator sie löschen musste. Gruß Meike

Autor	Beitrag
LKKS 28.12.2010 09:03	Update: 838 Mitzeichner das läuft an
LKKS 30.12.2010 11:26	Direkt zur Petition: https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=15300 Die Resonanz zeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Aktuell: 869 Mitzeichner. Auf gehts....
petergaukler 30.12.2010 18:26	quote----- Original von LKKS Update: 838 Mitzeichner das läuft an ----- meiner info nach müssten 50 000 eingehen ? pg.
Walter B 30.12.2010 20:40	quote----- Original von petergaukler meiner info nach müssten 50 000 eingehen ? pg. ----- Das habe ich hier schon vor ein paar Tagen erzählt, Du Schlafmütze!
petergaukler 31.12.2010 08:21	quote----- Original von Walter B Original von petergaukler meiner info nach müssten 50 000 eingehen ? pg. ----- Das habe ich hier schon vor ein paar Tagen erzählt, Du Schlafmütze! oh.....:gruebel2:

Autor	Beitrag
anders 02.01.2011 16:57	Was stimmt bei dieser Petition nicht? Wenn man wirklich sach- und fachgerecht vorgehen will, dann arbeitet man nicht viele Jahre mit unwissenschaftlichen und unkontrollierbaren Schätzzahlen! Da legt man unaufgefordert die erarbeiteten Jahres-Statistiken nach Stadt, Land und Bund geordnet und einigen weiteren Informationen vor. Warum diskreditiert man nur einen Teil einer seit Jahrzehnten umstrittenen und verfehlten Glücksspiel-Politik? Entweder ist man persönlicher Nutznießer oder Lobbyist, mit einem sehr starken persönlichen Interesse aus welchem Grund auch immer oder es geht, weil es wieder einmal an der Zeit ist, nur um eine werbewirksame Aktion. Die Diskussionen im Rahmen der Petition waren mit wenigen Ausnahmen, übrigens wie sie auch anderswo sind, sehr praxisbezogen und realistisch. Woher soll ein einfacher Bürger wissen, mit welchen Problemen die Glücksspielbranche schon seit Jahrzehnten wirklich zu tun hat? Wer kennt schon die Möglichkeiten der vielen Versorgungsposten der Politiker und Lobbyisten zu Lasten der Freizeittätigen und Spieler? Glücksspiel ist da sicherlich doch nur ein ganz kleiner Bereich. Wenn in der Petition eine klare „nationale Glücksspielsuchtrichtlinie ohne Ausnahmen in Bezug auf die Spielsucht“ gefordert worden wäre, dann hätte auch mit Sicherheit der weitaus größere Teil der Petition entsprochen. Aber unter diesen Bedingungen, ist es doch noch sehr gut gelaufen. Richtig allerdings ist, dass die Sucht im Allgemeinen bei den Politikern nur wenig Gehör findet. Auch hier scheint es wieder einmal Interessenkonflikte zu geben. Die Glücksspielsuchtbekämpfung gehört genauso in ein nationales Glücksspielrecht ohne Ausnahmen, wie z. B. die Kaufsucht bei einer Kreditaufnahme einer Bank.

Autor	Beitrag
Meike 04.01.2011 05:42	Hallo anders, wäre es nicht einmal gut zu fragen: "Was will der Bürger?" Gerade Stuttgart 21 zeigt doch schön was passiert, wenn man nur mit Lobby und für Lobby spricht. Und die FDP, die nun mal dem Wirtschaftsresort im Bund vorne an steht, hat konstant bei den letzten Umfragen immer 3% der Wählerstimmen erhalten. Da fand ich es doch sehr erfrischend, dass Lotto bei Forsa eine Umfrage in 2007 und dann wieder 2010 zum Thema "Kommerzialisierung des Glücksspiels" gestartet hatte. Nicht nur, dass der Bürger sowohl in 2007, als auch in 2010 eine Kommerzialisierung des Glücksspiels mit großer Mehrheit abgelehnt hat, so verringerte sich auch die Zahl der Befürworter, die eh schon gering war, noch. In 2007 waren noch 11 % der Befragten für eine Kommerzialisierung des Glücksspiels, wobei es in 2010 nur noch 9% waren. In Österreich gab es in 2010 eine Umfrage zu der Ausweitung von Spielstätten und Glücksspielautomaten. http://www.dialogumfrage.at/aktuelles/aktuelles-artikel/article/830/1232.html Gruß Meike

Autor	Beitrag
Rosewood 04.01.2011 09:12	Eine von Lotto beauftragte und bezahlte Umfrage und da kommt genau das bei heraus, was Lotto möchte. Für wie dumm hältst du eigentlich die Forenteilnehmer hier Meike? Hätte die Unterhaltungsautomatenwirtschaft eine solche Umfrage in Auftrag gegeben mit dem Ergebnis, dass sich 70 % der Deutschen eine Kommerzialisierung des Glücksspiels wünschen oder das es 90 % völlig egal ist, wärst du hier Sturm gelaufen, wie schlimm doch solche bezahlten Umfragen wären. Gut, wir wissen alle, dass du hier die Chef-Lobbyistin gegen das gewerbliche Spiel bist, aber dieser Umfrage glaubst du doch wohl selber nicht. Das du es beachtlich findest, dass schon 600 Personen unterzeichnet haben (aktuell wohl ein paar mehr) finde ich auch, scheinbar interessiert das Thema nämlich keinen so wirklich. Wenn man bedenkt, das z. B. die Petition "Tierhaltung - Verbot des Stutzen von Schnäbeln bei Geflügel vom 20.11.2010" bereits 2580 Unterzeichner hat oder die Petition "Grundgesetz - Deutsch als Landessprache ins Grundgesetz vom 26.11.2010" 3760 Unterzeichner hat oder die Petition "Tierschutz - Verbot des betäubungslosen Kastrierens männlicher Ferkel vom 26.10.2010" über 7000 Unterzeichner hat. Auch die Petition "Tierschutz - Verbot des gewerbsmäßigen Handels mit Hundewelpen vom 03.10.2010" hat ein wenig mehr, nämlich über 20.000 Unterzeichner. Persönlich am besten gefällt mir natürlich die Petition "Suchtgefahren - Entkriminalisierung von Cannabis-Konsumenten vom 21.10.2010", welche bereits 8755 Unterzeichner hat. Der Rückhalt für diese Petition ist da eher gering und von untergeordneter Bedeutung und so sollte man auch damit umgehen. Grüße
anders 04.01.2011 10:05	quote----- Original von Rosewood Der Rückhalt für diese Petition ist da eher gering und von untergeordneter Bedeutung und so sollte man auch damit umgehen. ----- Das bestätigt doch wieder einmal, wie oben bereits erwähnt, dass sich auch hier kriminelle Randgruppen, Lobbyisten und sonstige Nutznießer sehr gut, vor allem seriös und dazu auch noch offiziell präsentieren können? Auch die Umfragen sind ähnlich der Vorlagen an die Gerichte zusehen. Wer beeinflussend Themen formuliert, der erhält (fast) immer seine Wunschantwort und die wird dann auch noch ohne weitere Kritiken bzw. Nachforschungen wahllos veröffentlicht. Und weil wir darüber diskutieren, stärken wir auch noch eine davon sehr gut lebende Klientel. Muss oder darf sich diese dann nicht auch noch über uns kaputtlachen? Bei aller Kritik, kann man dabei dann aber auch schon sehr frühzeitig die Einflussnahme und Beeinflussung von persönlichen Interessen erkennen. Die Rattenfänger sind eben immer noch unterwegs! Gruß anders
Sandy 04.01.2011 10:45	Hat Ilona etwa Wolle Petry geheiratet??? :gitarre2:

Autor	Beitrag
Meike 04.01.2011 14:38	Rosenheim - Noch bis zum 11. Januar 2011 können sich Interessierte an einer Online-Petition für einen besseren Schutz gegen Glücksspielsucht beteiligen. Darauf weist die Rosenheimer Bundestagsabgeordnete Angelika Graf (SPD) hin, die sich derzeit im Bundestag als zuständige Berichterstatterin der SPD mit dem Thema Glücksspielsucht befasst. Die Petition fordert unter anderem, dass Kommunen künftig die Ansiedlung von Spielhallen ablehnen können und die Bevölkerung stärker vor des Gefahren des Glücksspiels geschützt werden. Graf sieht hier ebenfalls Handlungsbedarf. „Insbesondere Geldspielautomaten haben ein enormes Suchtpotenzial. Glücksspielsucht hat schon so manche Existenz ruiniert“, so Graf. Im Rahmen der aktuellen Beratung über die Zukunft des staatlichen Glücksspielmonopols fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete daher eine Stärkung der Prävention und Bekämpfung von Glücksspielsucht. Eine unter anderem vom bayerischen Innenminister geforderte Zulassung privater Anbieter bei den Sportwetten oder im Internet lehnt die Politikerin ab. „Je größer der Glücksspielmarkt wird, desto größer wird die Suchtgefahr. Wir brauchen keine Ausweitung sondern – wenn überhaupt – einen kleinen, staatlich kontrollierten Markt. Die Geldspielautomaten müssen dabei einbezogen werden“, so Graf. Dabei könne man sich an Nachbarländern wie Frankreich und der Schweiz orientieren. Eine Zulassung privater Anbieter bei den Sportwetten wäre nach Ansicht von Graf ein Dammbruch, der neben einer stärkeren Suchtgefahr auch ein Ende des staatlichen Lotteriemonopols zur Folge hätte. Alle Infos zur Petition gibt es im Internet unter: http://bit.ly/hbtp8l Pressemitteilung Büroleitung Angelika Graf Quelle: Rosenheim24.deRubriklistenbild: © dpa
Rosewood 04.01.2011 17:50	Vielen Dank für die Einstellung dieses Beitrages, daran sieht man wie schlecht auch die Politik in Teilen informiert, bzw. durch Lobbyisten wie Meike desinformiert werden.
Meike 05.01.2011 12:06	Nun sind es bereits 1064 Mitzeichner. ----- http://www.nwzonline.de/Region/Stadt/Delmenhorst/Artikel/2507915/%26bdquo%3BWie+ein+Strudel%26ldquo%3B++Aus+Spiel+wird+Sucht.html Über mangelnde Arbeit kann sich Simone Beilken nicht beklagen. „In Delmenhorst sind schätzungsweise 1000 Menschen spielsüchtig“, sagt sie. Noch einmal so viele würden bereits ein problematisches Spielverhalten aufweisen. Die Zahl der Betroffenen, die sich in der „drob“ Hilfe suchen, nehme stetig zu, bilanziert Simone Beilken. „Waren es im Jahr 2009 noch 85 Spieler und deren Angehörige, sind es in diesem Jahr bereits mehr als 100 Betroffene.“

Autor	Beitrag
anders 05.01.2011 22:06	quote----- Original von Meike Über mangelnde Arbeit kann sich Simone Beilken nicht beklagen. „In Delmenhorst sind schätzungsweise 1000 Menschen spielsüchtig“, sagt sie. Noch einmal so viele würden bereits ein problematisches Spielverhalten aufweisen. Die Zahl der Betroffenen, die sich in der „drob“ Hilfe suchen, nehme stetig zu, bilanziert Simone Beilken. „Waren es im Jahr 2009 noch 85 Spieler und deren Angehörige, sind es in diesem Jahr bereits mehr als 100 Betroffene.“ ----- Hallo Meike, jeder Süchtige ist einer zuviel! Wenn Simone Beiken nur mit Schätzwerten aufwarten kann, dann ist sie auch in Delmenhorst fehl am Platz. Ein sehr schwaches Bild, wenn es ernsthaft um Suchtbekämpfung geht. Gruß anders
Meike 06.01.2011 05:48	Hallo anders, Deine Kritik ist ungerechtfertigt ! Die Klarzahlen hatte die Dame auch genannt, nebst dem Anstieg von 2009 auf 2010. Wie bei allen Drogenabhängigen gibt es aber Erfahrungswerte zum Dunkelfeld, derer, die nie eine Suchtberatungsstelle von Innen sehen werden und dann kann man natürlich schätzen. Jeder, der tatsächlich Praxiserfahrung hat, entweder aus der Suchtberatung heraus, bzw. als Ordnungsbehörde kennt in seinem Bereich die Zahlen, den Anstieg, den Wandel, welche Nationalitäten durch welche Glücksspiele besonders betroffen sind etc. Gruß Meike
anders 06.01.2011 08:06	Hallo Meike, dann sollten wir auch nur noch mit und über die realen Zahlen reden, denn nur das führt doch zu den gewünschten Ergebnissen! Gruß anders

Autor	Beitrag
Meike 06.01.2011 08:35	Hallo anders, nein, Du musst immer auch das Dunkelfeld berechnen, ansonsten wiegt man sich in einer nicht vorhandenen Sicherheit. Nehmen wir zum Beispiel den Anteil der Spielsüchtigen mit Migrationshintergrund, bzw. der ausländischen Mitbürger. Aus der Kriminalstatistik heraus weiß man, dass es sich bei dem Delikt Veranstaltung von illegalem Glücksspiel und Teilnahme am illegalen Glücksspiel um eines mit dem höchsten Anteil an Nicht-Deutschen handelt. Das waren in 2009 nachlesbare 52% Nicht-Deutsche. Die Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund werden nicht erfasst. http://www.bka.de/pks/pks2009/download/pks-jb_2009_bka.pdf Wenn man in die Spielstätten schaut, spiegelt sich dort je nach Region nicht nur dieser, sondern ein noch höherer Prozentsatz wieder. Und wenn man sich dann mit Mitarbeitern von Beratungsstellen unterhält und weiß wie verschwindend gering der Anteil der Nicht-Deutschen in den Beratungsstellen ist, kann man dort alleine schon diese 52% als Dunkelziffer zur Berechnung heranziehen. Ich mag es nicht, wenn Schätzungen aus dem Bauchraum heraus erfolgen und viele die Dunkelfelder berechnen, machen dies mit sehr seltsamer Methodik, aber man kann unter zur Hilfenahme von Referenzwerten ordentliche Schätzungen durchführen. Wenn es das gewünschte Ergebnis ist, sich einen realen Überblick zu verschaffen, dann gehört die Schätzung des Dunkelfelds zwangsläufig dazu. Gruß Meike P.S.: Ein Beispiel aus Österreich http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikContainer/1850270-8/immer-mehr-frauen-werden-spiels%C3%BCchtig.csp Immer mehr Frauen haben einen Hang zur Spielsucht. Nach den Daten der Spielsuchthilfe Wien waren von 100 Klienten im Jahr 1998 nur fünf weiblich, nunmehr sind es bereits 17. „Tendenz steigend“, sagte die Expertin Doris Kohl am Freitag bei einer Pressekonferenz in Wien. Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (V) präsentierte die Juristin dabei als Leiterin der neuen, im Finanzressort eingerichteten Spielerschutzstelle. Nach den Zahlen des Instituts sind drei bis vier Prozent der erwachsenen Österreicher problematische Spieler, weitere ein bis zwei Prozent sind pathologisch, das heißt, sie leiden an Spielsucht. 90 Prozent der Spieler sind Männer und sie beginnen auch früher.

Autor	Beitrag
Rosewood 06.01.2011 09:43	quote----- Wie bei allen Drogenabhängigen... ----- Also jetzt wird es aber selbst für dich grenzwertig, einen Problem- oder auch pathologischen Spieler als Drogenabhängigen zu sehen und damit das Spiel mit einer stoffgebundenen Sucht gleichzusetzen ist nun völlig abwegig und zeigt einmal mehr, dass es dir nicht um eine sachliche Diskussion, sondern nur um die Durchsetzung deines persönlichen Faibles geht. Schade. Grüße
Rheinhesse 06.01.2011 12:08	:moin: aus Rheinhesse, bislang habe ich die Diskussionen um Spielrecht- und Spielsucht lediglich als interessierter (lernwilliger) Zuschauer bzw. Leser verfolgt, möchte jetzt mal Meike beispringen (Obwohl ich nicht glaube, dass Sie das nötig hätte...). Pathologische Spielsucht ist eine nicht stoffgebundene Sucht dar, die sogar zur strafrechtlichen Privilegierung gem. § 20, 21 StGB führen kann. Insofern können Gerichte gegen Spielsüchtige auch, wie gegen Drogenabhängige, gem. § 63 StGB eine Unterbringung in einer psychiatrischen Anstalt anordnen. So groß ist der Unterschied also gar nicht.

Autor	Beitrag
Anna 06.01.2011 12:28	Spielhalle: Zorneding hofft auf den Bundestag 06.01.11 Zorneding - Nächster Schritt im Bemühen, dass die Bahn am Zornedinger Bahnhofsgelände keine Spielhalle etabliert. Bürgermeister Piet Mayr hat an die Gemeinderatsmitglieder appelliert, eine entsprechende Online-Petition zu unterzeichnen „Wir sollten da mitmachen“, befand der Zornedinger Rathauschef und verwies in seinen per E-Mail verschickten Neujahrsgrüßen auf die Online-Petition des Fachverbands Glücksspielsucht, die noch bis kommenden Dienstag unterzeichnet werden kann. In der wird nämlich der Bundestag aufgefordert, den Kommunen das Recht zu geben, die Ansiedlung von Spielhallen ablehnen zu können. Genau dieses Recht könnte der Gemeinderat ganz gut brauchen. Ende Oktober hat nämlich das Gremium einstimmig eine sogenannte Veränderungssperre erlassen, die die Bahn AG befristet auf zwei Jahre an die Ketten legt. Diese hatte nämlich über ein Kemptener Projektentwicklungsbüro einen Vorbescheidsantrag eingereicht. In dem ist zwar auch von einem Backshop beziehungsweise Café mit Fahrscheinverkauf und einer Wartehalle die Rede. Aber eben auch von einem „Freizeit- und Eventcenter“. Hinter diesem vermutet der Gemeinderat eine unerwünschte Spielhalle. Zumal in der Planskizze auf 96 Quadratmetern acht Geldspielgeräte und eine Internetecke eingezeichnet sind. Und hinter den 129 Quadratmetern des dahinter liegenden Lagers wähnt man zudem eine potentielle Erweiterungsfläche. Das alles zusammen stellte den Zornedinger Gemeinderäten die Haare auf. Denn wegen des nahen Schulwegs befürchtet man eine unerwünschte Ablenkung der Dorfjugend. Bislang ist dem Ansinnen der Bahn AG nach einer Prüfung durch das Landratsamt nur baurechtlich beizukommen. Denn Baurecht für einen Ersatzbau des alten Bahnhofsgeländes besteht, auch wenn im derzeit gültigen Flächennutzungsplan das Areal als Sondergebiet für Bahnanlagen klassifiziert ist. Jetzt nützt die erlassene Veränderungssperre alleine nichts. Gleichzeitig muss auch eine Zukunftsperspektive für das Gelände skizziert werden. Damit dabei aber kein rechtswidriger Negativbebauungsplan mit den damit verbundenen Schadensersatzansprüchen aufgestellt wird, hat sich der Gemeinderat den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München mit ins Boot geholt. Der soll das Bebauungsplanverfahren durchführen, „weil neben den planerischen Anforderungen auch erhöhte juristische Kenntnisse erforderlich sind“, so der Rathauschef. Letztere wären mit einem Erfolg der Petition im Bundestag viel klarer und gäbe dem Zornedinger Gemeinderat ein wirkungsvolles Instrument an die Hand. Der Bundesgesetzgeber soll nämlich das Automatenspiel nicht nur so neu regulieren, dass die Suchtgefahren deutlich sinken. Sondern er soll den Gemeinden auch die Möglichkeit geben, „die Ansiedlung von Spielhallen aus Gründen des Schutzes der Allgemeinheit abzulehnen“. Es sei bekannt, so die Vorsitzende des Fachverbands Glücksspielsucht, Ilona Fürchtenschneider, „dass ein kleiner, gut regulierter Glücksspielmarkt die Bevölkerung am besten vor den Gefahren der Glücksspielsucht schützt“. Schließlich habe des Bundesverfassungsgericht in seinem sogenannten Sportwettenurteil vom 28. März 2006 auch die Vermeidung und die Abwehr von Suchtgefahren als ein überragend wichtiges Gemeinwohlziel bezeichnet. Piet Mayr hofft nun, dass möglichst viele Gemeinderäte die Petition unterstützen. Wer dem Anliegen Nachdruck verleihen möchte, findet die Petition unter https://epetition.bundestag.de

Autor	Beitrag
	und unter dem Kurzlink [URL]http://bit.ly/hbtp8l Dass Mayr eine Behandlung der Petition nicht direkt in den Gemeinderat gegeben hat, hat einen simplen Grund: Das Gremium tagt nämlich erst Ende des Monats wieder, die Petition kann aber nur bis kommenden Dienstag unterzeichnet werden. Was Mayr bereits getan hat. Von Eberhard Rienth http://www.merkur-online.de/lokales/vaterstetten/spielhalle-zorneding-hofft-bundestag-1070978.html
LKKS 06.01.2011 12:55	Die Unterscheidung zwischen stoffgebundener Sucht und nichtstoffgebundener Spielsucht ist genauso verlogen und verniedlichend, wie die von der Automatenbranche immer wieder gern benutzte Umschreibung der Spielhallen als Vergnügungsstätten und wie die verharmlosende Bezeichnung von Spielsüchtigen als Problemspieler. Das einzig wirklich Verwerfliche ist der Drang und die Gier mit der Sucht anderer Menschen Geld verdienen zu wollen. Bei der stoffgebundenen Drogensucht wird der Geldverdiener als Dealer bezeichnet. Und bei der Spielsucht? Vergnügungsstättenbetreiber? Automatenaufsteller?
Rheinhesse 06.01.2011 12:59	:moin: aus Rheinhesse @ Anna prüf doch bitte Deine eingestellten Links - bei der Kurzversion wird mir eine Tiffany-Tischlampe zum Kauf angeboten :kopfkraatz: ?(
Anna 06.01.2011 13:34	Danke für den Hinweis. Hab's korrigiert. Grüße Anna
Meike 06.01.2011 14:19	Hallo Rosewood, ich stimme da dem Kollegen Rheinhesse absolut zu. Wenn Du als Soziologin nur Lobbyarbeit leistest, ist es durchaus möglich, dass Du die Realität verdrängst, die das Strafrecht aber nicht vermissen lässt. Daher ist es nicht "grenzwertig" was ich schreibe, sondern es entspricht der Realität. Zum Thema gab es auch einen Vortrag an der Uni Bremen von Prof.Dr. Meyer "Begutachtung der Schuldfähigkeit". - wenn Du mir per PN Deine Mailanschrift mitteilst, dann schick ich Dir die ppp gerne zu- Gruß Meike

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

Powered by: PDF Thread Hack 1.0 Beta 2 © 2004 Christian Fritz
Powered by Burning Board 2.3.6 pl2 © 2001-2004 WoltLab GmbH